



AUSGABE 2 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 19.2.2003

Finanzen

S. 4

Nachhaltigkeit ist nicht nur ein Instrument für Wirtschaft und Umwelt, auch der Staat muss seine Finanzpolitik verstärkt mit Blick auf kommende Generationen gestalten. Experten erinnern an diese Verantwortung.

Olympia

S. 5

Das Land rüstet sich für die letzte Etappe des Bewerbermarathons um die Austragung der Sommer-



Datenverbund

S. 9

Das Revier wird digital. Städte und Gemeinden schließen sich zusammen. Sie wollen ihre bisher getrennten Datensysteme auf einem gemeinsamen digitalen Standard vereinheitlichen und vernetzen. Ein Unternehmen hilft dabei.

Nadelöhr

S. 12

Der Kölner Ring soll ausgebaut werden, damit er dem täglichen Andrang besser gewachsen ist. Damit hat der 2001 gegründete Landesbetrieb Straßenbau gut zu tun. Erste Bilanz auf dem Weg von der Behörde zum Dienstleistungsbetrieb.

Gesundheit ist ein hohes Gut. Gesundheitspolitische Themen stehen im Landtag darum oft auf der Tagesordnung. So debattiert der Sportausschuss über den Schulsport (Seite 5). Die Enquete-kommission Frauengesundheit strebt Leitlinien für die psychosoziale Versorgung von Brustkrebspatientinnen an (Seite 6). Die Frage eines allgemeinen Krebsregisters für das Land steht im Gesundheitsausschuss zur Diskussion (Seite 3). Der Gesundheitsvorsorge schließlich diene der Gesundheitstag, der am 18. Februar im Landtag stattfand. Aktive Vorbeugung ist und bleibt Sache jedes Einzelnen: Dazu machen auch zahlreiche Fitness-Studios in NRW die unterschiedlichsten Angebote.

Foto: Schälte

Gesundheitspolitik in Bewegung – Landtag für mehr Fitness

Wort und Widerwort:

Wie viele Verkehrsverbände verträgt das Land Nordrhein-Westfalen?

Der öffentliche Personennahverkehr steht im Interesse der Öffentlichkeit. Mal sind es Mängel bei Pünktlichkeit und Service, mal ist es ein Tarifsystem, das manchen Wenigfahrer verzweifeln lässt. Mit anderen Worten: Es gibt einiges zu verbessern. Ein großer Schritt waren seinerzeit die Verkehrsverbände, die sich im Lande gegründet haben. Neun davon gibt es in Nordrhein-Westfalen – genug, zu viele oder wie sieht die kommende Entwicklung aus? Die Fraktionen nähern sich dem Thema auf Seite 8.

Inhalt

Inhalt/Plenar-Debatten: Spannend, effizient und medienwirksam	2
Datensammlung als wirksame Waffe im Kampf gegen Krebs <i>Im Gesundheitsausschuss kamen die Experten zu Wort</i>	3
14 Milliarden Euro Nachhaltigkeitslücke <i>Politiker fragen - Professoren antworten</i>	4
Landtag soll die Farben der Olympiawerbung anlegen <i>Sportausschuss erörtert Lage des Schulsports in NRW</i>	5
40 Jahre Elysée-Vertrag: Landtagspräsident empfing französische Jura-Studenten	5
Eine Krankheit des Körpers, die auch die Seele verwundet <i>Leitlinien für psychosoziale Versorgung von Brustkrebspatientinnen gefordert</i>	6
Notare aus Vietnam im Landtag zu Gast	6
NRW präsentiert sich in Moskau	7
Forschung für Sicherheit der Kernenergie	7
Wort und Widerwort <i>Wie viele Verkehrsverbünde verträgt das Land Nordrhein-Westfalen?</i>	8
Digitales Ruhrgebiet startet im März	9
Aktuelles aus den Ausschüssen	10
Möllemann: Glück in Düsseldorf, Pech in Berlin	10
Rot-Grün einigen sich auf Finanzierungskonzept für den Metrorapid	11
Ausbau des Kölner Autobahnringes sorgt die nächsten zehn Jahre für Arbeit <i>2001 wurde der Landesbetrieb Straßenbau NRW gegründet</i>	12
Vor drei Jahren: Landtag beschließt Gründung des Landesbetriebs	13
Klonverbot: Lässt sich die deutsche Regelung international durchsetzen? <i>Strategie-Debatte für Verhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen</i>	14
Auf dem Weg zur ökologischen Verpackung: Dosenpfand <i>Aktuelle Stunde zeigt Gemeinsamkeiten auf</i>	15
CDU-Antrag zu Wachstum und Beschäftigung <i>„Nur im Konsens der beiden Volksparteien“</i>	16
Aktuelle Stunde zu Missständen im Bahnverkehr <i>Fraktionen für Trennung von Netz und Betrieb</i>	17
Aus den Fraktionen	18
Das Porträt: Franz-Josef Britz (CDU)	19
Landtag-intern-Sammelschuber	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Plenar-Debatten: Spannend, effizient und medienwirksam

Fünf Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags, die unterschiedlichen Fraktionen angehören, haben sich Gedanken zur Reform der parlamentarischen Arbeit gemacht. Ihre Meinung: Anstelle leidenschaftlicher Debatten würden einige Abgeordnete ihre Redebeiträge an Plenartagen monoton vom Blatt ablesen. Ein Großteil der Debatten fände unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt: Die Abgeordnetenbänke im Plenum seien leer, weil bei Debatten am Nachmittag sich weder Zuschauer noch Medienvertreter für die Arbeit im Parlament interessieren würden. Und: Die Beratungsreihenfolge in den Ausschüssen sei umständlich.

In dem Ideenpapier, das die fünf Parlamentarier Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreicht haben, gibt es konkrete Vorschläge für einen veränderten Arbeitsalltag. Mehr Transparenz, gestraffte Debatten, effizienteres Arbeiten, mehr Bürgerbeteiligung und Akzeptanz – das sind die Stichworte der Reformier. Sie fordern kürzere Sitzungstage und Redezeiten im Parlament, Plenarsitzungen nur noch vormittags und mittags, wenn die Öffentlichkeit auch vorhanden ist. Die Parlamentsausschüsse sollten ihrer Meinung nach zu den Strukturen in den Ministerien umgruppiert werden. Hieß: Aufs Superministerium Arbeit und Wirtschaft kommt der Superausschuss Arbeit und Wirtschaft. Zu guter letzt soll auch der Landtag öffentlichkeitswirksamer in Szene gesetzt werden. Zum Beispiel durch die Einrichtung von Jugendtagen und Gesprächsforen sowie durch Abgeordneten-Patenschaften.

Das nordrhein-westfälische Parlament hat in dieser Wahlperiode schon etliche Reformen auf den Weg gebracht: Die Verkleinerung des Landtags wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe diskutiert derzeit unter anderem über eine neue, transparente Bezahlung der Abgeordneten und die Geschäftsordnung wurde so geändert, dass die Ausschüsse heute öffentlich tagen.

Das Reformpapier der fünf Abgeordneten wurde jetzt dem Ältestenrat vorgelegt. Nun sollen die Parlamentarischen Geschäftsführer die Ideen prüfen und Empfehlungen entwickeln, um womöglich die Geschäftsordnung für die nächste Wahlperiode im Sinne eines effizienten Parlaments zu verändern. **SH**

Datensammlung als wirksame Waffe im Kampf gegen die Geißel Krebs

Im Gesundheitsausschuss kamen die Experten zu Wort

Wo gibt es im Lande örtliche Häufungen von Krebserkrankungen? Welche Rolle spielen Umwelteinflüsse und die Verhältnisse am Arbeitsplatz? Entspricht eine umfassende Früherkennung den Erwartungen? Ist die zuweilen aggressive Tumortherapie Ursache für einen später folgenden Krebs? Halten die Aufwendungen für die Nachsorge einer kritischen Überprüfung stand? All diese und ähnliche Fragen können für das Land Nordrhein-Westfalen (noch) nicht schlüssig beantwortet werden, weil es kein zentrales Krebsregister gibt.

Nur ein Teil des Landes, der Regierungsbezirk Münster, verfügt über ein epidemiologisches Register. Aber die Ergebnisse, die dort gesammelt werden, sind nicht ohne weiteres auch auf den Landesteil Nordrhein zu übertragen. Um diese – und weitere Fragen, etwa die Kosten – ging es beim Sachverständigengespräch im Gesundheitsausschuss unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD). Die 16 Expertinnen und Experten nahmen Stellung zu dem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/2637) „Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW“.

Selten habe sie erlebt, dass die eingeladenen Sachverständigen so einhellig einer Meinung seien, fand Marianne Hürten (GRÜNE). Und zwar für die landesweite Einführung eines Registers für alle Arten von Krebs ohne den Zwischenschritt über ein NRW-Register für eine bestimmte Krebserkrankung, den Brustkrebs, wie derzeit überlegt werde. Verbunden mit einer Meldepflicht, so schätzten die Experten, seien bei einem zentralen Register in etwa drei Jahren aussagefähige Ergebnisse zu erwarten. Davon habe jede Bürgerin und jeder Bürger im Lande etwas, meinte eine Teilnehmerin aus der Expertenrunde: Nicht nur diejenigen, die schon an Krebs erkrankt sind, sondern auch jene, die noch nicht erkrankt sind und denen auf Grund der Erkenntnisse aus dem Register die Erkrankung möglicherweise zu ersparen sei.

einer Vernetzung zu kommen, die das ganze Land erfasst. Die Kosten für ein landesweites Register schätzte einer der Experten auf fünf Millionen Euro. Dem stünden aber Einsparungen an anderer Stelle des Gesundheitssystems gegenüber – bei Prävention, Therapie und Rehabilitation. So hätte innerhalb kürzester Zeit – und nicht erst über jahrelange, teure Studien – eine Antwort auf Fragen gegeben werden können. Zum Beispiel ob der Stoff Kieselrot, der in der Vergangenheit im Lande auf



Namensschilder und wer sich dahinter verbirgt – bei mehr als einem Dutzend Experten, die zu Wort kamen, eine sinnvolle Orientierungshilfe für Ausschussmitglieder und Zuhörer in der öffentlichen Sitzung. Foto: Schälte

MELDEPFLICHT

Zwischen den beiden Polen für den Aufbau des NRW-Registers gab es auch mittlere Positionen. Man könnte, so war aus Münster zu hören, das epidemiologische Krebsregister für den dortigen Regierungsbezirk auch auf den rheinischen Landesteil ausdehnen: „Wir würden die Herausforderung, zu gestalten, aufzubauen und auf Dauer zu betreiben, gern annehmen.“ Ein anderer Vorschlag war, über repräsentative, regionale Schwerpunkte zu

Sport- und Spielplätzen zu finden war, zu verstärktem Auftreten von Krebs führt. Oder ob Reihenuntersuchungen auf Brustkrebs tatsächlich die Früherkennung zu fördern vermögen und ob die damit verbundene Strahlenbelastung nicht in späteren Jahren verstärkt zu einem Auftreten von Tumoren führt. Diese Erfahrungen sind in vergleichbarer Form im Bereich von Krebserkrankungen im Kindesalter bereits gemacht worden.

Einhellig auch das Votum der Expertinnen und Experten für die Verankerung einer Meldepflicht im Lande. Die Bereitschaft, eine solche Verpflichtung zu akzeptieren, sei bei

Ärzten und Patienten sehr hoch. Nur mit einer Meldepflicht ist nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern gewährleistet, dass eine Erfassungsquote von 95 Prozent erreicht wird. Und wie steht es mit dem Schutz der persönlichen Daten? Über solche Bedenken sei die Diskussion bei einer Krankheit, die die meisten Menschen bewegt und viele betrifft, hinweg gegangen, fand eine Sprecherin der Krebs-Selbsthilfe. Die Krebsberatung halte überhaupt nichts davon, das landesweite Krebsregister als „Fernziel“ zu definieren: Die Sache sei zügig anzufassen.

Das fand im Kreis der Parlamentarier auch Dr. Jana Pavlik (FDP): Sie verstehe nicht, dass das Land noch nicht tätig geworden sei. Es sei allerhöchste Zeit, eine solche Einrichtung zu schaffen. Vera Dedanwala von der SPD wollte wissen, ob der in NRW überlegte Schritt über ein Brustkrebsregister (diesen Weg qualifizierte

eine Wissenschaftlerin als „zeitaufwendige Sackgasse“) auch woanders gegangen worden sei, dann wäre der NRW-Einstieg ein Einzelweg. „Ja, es wäre ein Einzelweg“, bestätigte man im Expertenkreis. Rudolf Henke (CDU) schließlich bat für die parlamentarischen Mittelverteilungskämpfe, denen sich auch die Einrichtung eines Krebsregisters zu stellen habe, um Rückenstärkung durch Beispiele, was bestehende Krebsregister bereits bewirkt haben – die wurden ihm geliefert. Auch Henke war der Meinung, dass die beim Register angestrebte Vollständigkeit kein Argument sei, mit dem Aufbau eines landesweiten Krebsregisters zu warten.

Politiker fragen – Professoren antworten:

14 Milliarden Euro Nachhaltigkeitslücke

Der Haushalts- und Finanzausschuss führte am 6. Februar ein lebhaftes Gespräch mit Experten über „nachhaltige Finanzpolitik“. Die politischen Gestaltungsspielräume nachfolgender Generationen würden durch die hohe Verschuldung aller staatlichen Ebenen und durch veränderten Altersaufbau der Bevölkerung empfindlich eingeschränkt, hatte die FDP-Fraktion in ihrem Antrag vom Mai 2002 festgestellt (Drs. 13/2645).

Der FDP-Abgeordnete Christian Lindner, 24-jähriger Jungunternehmer aus Wermelskirchen, fragte: „Kann ein Landeshaushalt auf die Finanzsituation künftiger Generationen abgestellt werden? Wie können zu hohe Ausgaben „bestraft“ werden? Sind auch qualitative Faktoren nachhaltiger Finanzpolitik berechenbar?“

Die vier Experten hatten den Ausschuss bereits im Vorfeld mit

Investitionen in Kindergärten. Deshalb wollte sie wissen: „Wie können wir die Analysen umsetzen?“ Und Rüdiger Sagel (GRÜNE): Das Ende des Wachstums, das für gerechte Verteilung sorgen sollte, sei erreicht. Jetzt müsse Arbeit neu verteilt werden. Wie vertrage sich Sparpolitik mit der Notwendigkeit zu investieren? Und was bedeuten Investitionen in Bildung für das Generationenproblem? Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU) spitzte die Fragestellung zu: „Wie groß ist die Nachhaltigkeitslücke überhaupt?“

„Ändern Sie die Landesverfassung!“ sagte daraufhin Jörg Tremmel, Vorstandsvorsitzender einer Stiftung „für die Rechte zukünftiger Generationen“ aus Oberursel. Denn die Verfassung garantiere nur die Rechte der Lebenden, jedoch nicht die der kommenden Generationen.

„Wachstum ist entscheidend.“ Die EU solle eine Wachstumszone werden, meinte Professor Dr. Hans Dietrich von Löffelholz (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) und forderte: „Wir müssen höheres Wachstum wollen“, einschließlich der Folgen für die Umwelt. Sein Kollege Hermann Rappen vermisste bei der traditionellen Haushaltspolitik die Klarheit über Folgen von Ausgaben sowie Regeln für „angemessenes“ Verschulden von Kommunen und Land.

„Sie müssen das ändern!“ sagte der Volkswirtschaftler Professor Dr. Wolfgang Kitterer (Köln), nachdem er die Länder kritisiert hatte, weil sie den Stabilitätspakt nach dem Maastricht-Vertrag abgelehnt hätten. „Sie müssen den nationalen Stabilitätspakt ernst nehmen“, fuhr er fort und fragte: „Warum schreiben Sie den Haushaltsausgleich nicht in Ihre Gesetze hinein?“ Kitterer hält staatliche Investitionen nur für sinnvoll, wenn sie produktiver als private Investitionen sind. Das Ende des Wachstums sei noch lange nicht erreicht, meinte er

und ließ sich auf die Quote von zwei bis drei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Nachhaltigkeitslücke ein. Das bedeute zwischen neun und 14 Milliarden Euro bei einem BIP von 460 Milliarden in NRW.

Staatliche Leistungen müssten um zwei Prozent reduziert werden, meinte er, nachdem er auf die hohen Zinslasten hingewiesen hatte. Kitterer hielt nichts von Sanktionen und erwähnte die seit 1967 in der Verfassung vorgesehene Konjunkturausgleichsrücklage als richtiges Instrument, das nicht angewendet worden sei und auch für Länder und Kommunen gelten solle.

RÜCKGANG

„Nichts zu ändern, alles schon passiert“, erklärte der Experte für Generationenbilanzierung Professor Dr. Bernd Raffelhüschen (Freiburg), nachdem er einen Rückgang der Bevölkerung in NRW um 19 Prozent erläutert hatte. NRW hat nach seinen Berechnungen im Jahr 2050 nur noch 14,6 Millionen Einwohner gegenüber heute 18 Millionen. Als Grund nannte er „zu wenig Nettoimmigration“.

„Junge Zahler holen!“ hielt Raffelhüschen für einen Ausweg aus dem bevorstehenden „extremen Einnahmenproblem“: Ohne Beitragszahler keine Steuerzahler. So würden die Steuern auf etwa 88 Prozent, die Einnahmen insgesamt auf 85 Prozent des Volumens von 2005 sinken, die Ausgaben der Sozialversicherungen dagegen um zehn Prozent steigen. „Sie können nicht anders als kürzen“, sagte er zu den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und empfahl auch, die Attraktivität des Landes zu steigern, die Abwanderung zu mindern sowie weniger Personal zu verbeamten.

„Nordrhein-Westfalen ist groß genug“ für eine Generationenbilanzie-



Mit finanz- und volkswirtschaftlichen Wahrheiten mahnten Experten die Haushaltspolitiker, künftige Generationen nicht zu belasten, v.l. Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU), (dahinter Rüdiger Sagel, GRÜNE), Edith Müller (GRÜNE) im Gespräch mit Professor Wolfgang Kitterer.

schriftlichen Abhandlungen versorgt. Auch lag ihm ein Gutachten vor, das dem Bundesfinanzministerium im November 2001 übergeben worden ist. Deshalb stiegen die Abgeordneten sofort mit Fragen nach der Umsetzung in die Diskussion ein. Edith Müller (GRÜNE) sprach eine Gretchenfrage aus den letzten Haushaltsberatungen an: „Alle wissen es. Wir müssen jetzt Tacheles reden!“ und meinte den Kapitalstock von 36 Millionen Euro für die NRW-Pensionslasten, die in den Haushalt 2003 hätten eingestellt werden müssen, was wegen knapper Mittel jedoch unterblieb. Sie fragte: „Können wir unsere finanzpolitische Vernunft in einem Rechtsrahmen zementieren?“

Gisela Walsken (SPD) setzte nach: Täglich erfüllen die Parlamentarier die Grenzen der wissenschaftlichen Empfehlungen, Ausgaben einnahmeorientiert zu veranschlagen, etwa bei



Weitere Experten (v.l.) Professor Hans Dietrich von Löffelholz, Professor Bernd Raffelhüschen, Jörg Tremmel. Fotos: Schälte

rung, sagte er und forderte die Parlamentarier auf, sich etwa wie die Schweiz durch Veröffentlichung der errechneten Nachhaltigkeitslücke im Landeshaushalt selbst zu binden. In NRW müsse wegen des hohen Kommunalisierungsgrads auch die Gemeindeebene einbezogen werden.



40 Jahre Elysée-Vertrag – aus diesem Anlass hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (v.r.) im Landtag unter Beisein von Justizminister Wolfgang Gerhards (hinter dem Präsidenten) französische Studentinnen und Studenten empfangen, die an der Universität Cergy-Pontoise bei Paris französisches und deutsches Recht studieren. Der Präsident unterstrich die Bedeutung des Austauschs zwischen beiden Ländern. Der Justizminister, der zum ersten Mal an diesem traditionellen Empfang des Landtagspräsidenten teilnahm, regte im Zuge der Europäischen Union eine Harmonisierung des Rechts in den Mitgliedsländern an. Die jungen Studierenden aus dem Nachbarland, die eine Woche verschiedene Stationen in NRW besuchten, erörterten im Landtag Fragen des Föderalismus und wünschten sich über die schon bestehenden Kontakte mit der Universität Bochum hinaus eine verstärkte Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen. Fotos: Schälte

Landtag soll die Farben der Olympiabewerbung anlegen

Sportausschuss erörtert Lage des Schulsports in NRW

In der jüngsten Sitzung des Sportausschusses waren Abgeordnete von CDU und GRÜNEN fraktionsübergreifend der Ansicht, der Landtag müsse mehr tun, um die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2012 zu unterfüttern. Anne-Hanne Siepenkothen (CDU) will die bunten Olympiawimpel vor dem Landtag wehen sehen. Ihre Fraktionskollegin Dr. Annemarie Schrapf ist dafür, am Landtagsgebäude, wie derzeit am Turm der Victoria-Versicherung und bis vor kurzem auch am Stadttor, dem Sitz der Staatskanzlei, die offiziellen Farben der Bewerbung anzubringen.

Am 2. April, dem grossen Olympiatag, sollten „Nägel mit Köpfen“ gemacht werden, fuhr die Abgeordnete fort: Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Angestellte, Arbeiter und Beamte der Landtagsverwaltung sollen zehn Minuten vor dem Landtag in der Mittagszeit Sport treiben. Ewald Groth von den GRÜNEN setzte zeitlich noch eins drauf – er war für ein „spektakuläres Zeichen“, einen einstündigen gedämpften Lauf („Walking“) über die Düsseldorfer Rheinbrücken. Die beiden Fraktionen wollen den Landtagspräsidenten bitten, dass er den Beschäftigten die Teilnahme ermöglicht.

Landesweit, so Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE), sollen am 2. April Schulen und Vereine ihre sportlichen Aktivitäten in den Dienst der olympischen Idee stellen und zeigen: Dieses Land ist reif für die Olympiade. NRW habe das bessere Finanzkonzept. Die Landesregierung habe alle erwarteten Garantierklärungen abgegeben. Die Vereinbarung mit dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu) sei einzigartig, der Nabu werde „das ökologische

Gewissen“ der Bewerbung sein. Und NRW verfüge über die erforderlichen Sportstätten und eine gut ausgebaute Infrastruktur.

Was das geplante Olympische Dorf am Rhein im Düsseldorfer Stadtteil Lörick angeht, so würden hier keineswegs die „Deiche zubetoniert“. Nur eine kleine Gruppe, die das Dorf nach wie vor bekämpfe, setzte weiter auf Eskalation. Ganz anders die Heimatvereine: Sie hätten sich „endlich“ zu Wort gemeldet und sich einhellig zur Bewerbung bekannt: „Wir wollen die Olympischen Spiele in Düsseldorf!“

ENTSCHEIDUNG

Unter Hinweis auf das Feuerwerk von Aktivitäten in der nächsten Zeit zeigten er und die Sportfraktion des Landtags sich überzeugt, dass am 12. April, dem Tag der Veröffentlichung der Entscheidung des NOK, NRW den Sieg davontragen wird. Zuvor, am 19. Februar, findet im Landtag ein Parlamentarischer Abend statt, der ebenfalls ganz im Zeichen der Bewerbung Düsseldorf Rhein-Ruhr steht.

Weniger Gemeinsamkeiten zeigten sich bei einem „Dauerbrenner“, der zu Recht immer wieder in der Diskussion stehe, weil das Thema im Lande immer noch nicht in Ordnung sei, wie die Sportausschussvorsitzende Gisela Hinnemann (CDU) erklärte. Mit dieser Feststellung eröffnete sie die Debatte über den

Tagesordnungspunkt zur Situation des Schulsports in NRW. Unter Hinweis auf die zahlreichen Programme und Initiativen, die es im Land gibt, erklärte Vesper, die Landesregierung arbeite mit großem Nachdruck an der Verwirklichung der Zielsetzungen und an der Qualitätsentwicklung im Schulsport – unterstützt von vielen Partnern.

Im kommenden Erlass zur Ganztagsbetreuung an den Schulen würden die Angebote des Sports „sehr prominent“ eingearbeitet, das habe er mit der Schulministerin abgemacht. Ewald Groth (GRÜNE) unterstützte die Richtung. Man werde dem Plenum einen Antrag zur Verankerung des Sports im Ganztagsbereich vorlegen, kündigte er an.

Solche Willensbekundungen, wie sie der Minister dem Ausschuss vorgelegt habe, seien schon öfter zu hören gewesen, kritisierte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Sie vermisste konkrete Maßnahmen, um die drei Wochenstunden Sport tatsächlich zu erteilen und diese Erteilung auch zu kontrollieren.

Die Ausschussvorsitzende Hinnemann reagierte darauf mit der Bemerkung, sie sei „traurig, dass das so langsam vorangeht und dass man, was die Zahl ausgefallener Stunden im Schulsport angeht, so wenig Konkretes erfahren kann“.

Halten die Olympiabewerbung für die Sportfraktion des Landtags hoch: Ausschussvorsitzende Gisela Hinnemann (l.) und Ewald Groth (r.).



Eine Krankheit des Körpers, die auch die Seele verwundet

Leitlinien für psychosoziale Versorgung von Brustkrebspatientinnen gefordert

Die psychosoziale Versorgung von Frauen, die an Brustkrebs erkrankt sind, ist in den aktuellen Diskussionen in Gesellschaft und Politik eher ein Randthema. Darum hat sich die Enquete-Kommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ diesem Thema zugewandt und ein Expertinnen-Gespräch dazu durchgeführt. Unter der Leitung von Gabriele Kordowski (CDU) diskutierten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Brustkrebs der Enquete-Kommission mit den folgenden Expertinnen: Dr. Barbara Ehret-Wagener, Kliniken am Burggraben Bad Salzuflen, Diplom-Psychologin Christa Diegelmann und Diplom-Psychologin Margarete Isermann, Institut für Innovative Gesundheitskonzepte Kassel, Gudrun Bruns, Krebsberatungsstelle des Tumorzentrums Münsterland e.V., Ulla Ohlms, Mamazone Rheinland e.V., sowie Katrin Beck, INKA e.V. Hamburg.

Durch das breite Erfahrungsspektrum der Beteiligten wurden Schwerpunkte gesetzt und vertiefend diskutiert. Einig waren sich alle, dass die Berücksichtigung der psychischen Belastungen bisher eine zu geringe Rolle in der Versorgung von Brustkrebsbetroffenen spielt. Die steigende Bedeutung des Mediums Internet wurde von mehreren bestätigt, da es verbesserte Erreichbarkeit von Frauen und einen sehr wertvollen zwischenmenschlichen Austausch ermöglicht.


Die Expertinnen wiesen nachdrücklich darauf hin, dass die Brustkrebs-Diagnose und – Behandlung ein Trauma sein kann, das natürlicherweise eine starke psychische Belastung bedeutet. Es handelt sich dabei um eine „sequentielle Traumatisierung“, beginnend mit dem Verdacht, der endgültigen Diagnose, der Todesangst, der Operation und dem oft „bösen Erwachen“ mit dem Verlust oder der Entstellung einer Brust, der Bestrahlung und Chemotherapie, der Reaktion des sozialen Umfelds, der immer wieder ängstlich erwarteten

Ergebnisse der Nachsorgeuntersuchungen. Die negativen Wirkungen dieser „Schocks“ sollten so gering wie möglich gehalten und langfristige negative Folgen für die betroffenen Frauen vermieden werden. Dazu sei es aber unerlässlich, empirisch gesichertes Wissen über typische Reaktionen und deren Bedeutung im medizinischen Behandlungssetting stärker zu nutzen. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an die ärztliche Kompetenz.

ÄRZTLICHES GESPRÄCH

Psychische Störungen, insbesondere posttraumatische Stresssymptome im Zusammenhang mit der Brustkrebserkrankung sind schwer zu diagnostizieren. In das ärztliche Gespräch ist deshalb ein leicht anwendbares, psychodiagnostisches Instrument einzubeziehen, das die relevanten Aspekte der psychosozialen Situation der Patientin abdeckt. Aus der Sicht von Expertinnen scheint es

allerdings fraglich, ob ein diagnostisches Instrument zu Art und Umfang psychoonkologischer Versorgung in das ärztliche Gespräch integriert werden solle. Sicher steht außer Frage, dass die behandelnden Ärztinnen und Ärzte für den Bedarf an psychoonkologischer Unterstützung und psychosoziale Fragen sensibilisiert werden sollten; ein Gespräch zur psychosozialen Diagnostik solle allerdings von psychoonkologisch qualifizierten Fachkräften durchgeführt werden.

Die Expertinnen gaben der Enquete-Kommission als Handlungsempfehlung mit auf den Weg, Leitlinien für eine qualitätsgesicherte, bedarfsgerechte und flächendeckende psychosoziale Versorgung von an Brustkrebs erkrankten Frauen während des gesamten Behandlungsverlaufs zu erarbeiten. Diese solle eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und eine Verzahnung der Vielzahl von Versorgungsangeboten und VersorgungspartnerInnen, die bisher weitgehend unvernetzt agieren, beinhalten. 



Notare aus Vietnam waren im Landtag zu Gast. Dort erläuterte der Landtagsabgeordnete Dr. Wilhelm Droste (CDU, hinten rechts) die Grundzüge des deutschen Gesellschaftsrechts und gab den Gästen Einblick in den Geschäftsablauf seiner Düsseldorfer Kanzlei. Die sechsköpfige Besucherdelegation aus dem asiatischen Land weilte auf Einladung des Justizministeriums in NRW. In Vietnam befindet sich das Notariatswesen im Aufbau: Die Millionenstädte Hanoi und Saigon müssen bislang mit jeweils einem Notar auskommen – zum Vergleich: Düsseldorf verfügt über etwa 40 Notariate.



Soll weiter Reaktorsicherheit analysieren:
Forschungszentrum Jülich aus der Vogel-
perspektive.

Bei zur Abschaltung des letzten Kernreaktors in Deutschland vergingen noch 20 Jahre, sagte Krebs und wies auf Sicherheitsprobleme beim Rückbau der Anlagen, etwa beim THTR Hamm, und bei der Endlagerung hin. Es gehe um sichere Entsorgung und Einlagerung. Krebs erinnerte auch an die Übereinstimmung im NRW-Landtag 1997 über Forschungen in Jülich und die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) meinte dagegen, die von einem südafrikanischen Unternehmen bestellte Expertise sei für eine neue Reaktorlinie bestimmt. Christian Weisbrich (CDU) hielt dagegen, die Versuche, Wasserstoff durch Wasserspaltung zu erzeugen, könnten zum Durchbruch für einen sicheren, schadstofffreien Reaktor führen.

Reiner Priggen (GRÜNE) sprach den Streit zwischen Bund und Land über die Abrisskosten für den THTR Hamm an und erhielt zur Antwort, dass von den Gesamtkosten für Abriss und Endlagerung auf das Land nach einer Bund-Land-Aufteilung von 70 zu 30 Prozent etwa 150 Millionen Euro entfielen. Dr. Gerhard Papke (FDP) mahnte, eine große Chance für die industrielle Kompetenz unseres Landes und für den Erhalt von Arbeitsplätzen dürfe nicht leichtfertig vertan werden. Fritz Kollorz (CDU) meinte, über die Nachfrage nach deutschem Sicherheitstransfer solle das Land froh sein.

Forschung für Sicherheit der Kernenergie

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Auf die Expertise des Forschungszentrums Jülich zur Reaktorsicherheit kann nicht verzichtet werden“ äußerte Staatssekretär Hartmut Krebs (Wissenschaftsministerium) im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 12. Februar, die Forschung zur Sicherheit gehöre zum Ausstieg aus der Kernenergie. Das werde auch vom Bund so gesehen. Das Forschungszentrum Jülich führe Sicherheitsanalysen für den Typ Hochtemperaturreaktor (THTR) durch.

NRW präsentiert sich in Moskau

Eine von der CDU beantragte Aktuelle Viertelstunde im Wirtschaftsausschuss war der Frage gewidmet „Welche Gefahren drohen den Wirtschaftsbeziehungen zu Russland bei einem Scheitern der geplanten Präsentation des Landes NRW in Moskau?“

Nach Auskunft der Landesregierung findet die Präsentation im Juni 2003 wie geplant statt. Der Ministerpräsident reist in Begleitung weiterer Kabinettsmitglieder und einer großen Wirtschaftsdelegation nach Moskau. Zu den Themen Klimaschutz, Maschinen- und Anlagenbau sowie Geo-Information werden „best-practice“-Beispiele präsentiert. Parallel dazu finden Wissenschaftstage und eine Bildungsmesse statt. Für die Übernahme der Kosten in Höhe von 2,5 Millionen Euro durch Sponsoren

gebe es gute Aussichten, sagte der Regierungsvertreter.

Von den Sprechern der CDU- und FDP-Opposition war die „Ankündigungssymphonie“ der Landesregierung im Vorjahr kritisiert worden, die eine Beteiligung von 400 vorwiegend mittelständischen Unternehmen aus NRW angesagt habe, während sich bis jetzt weniger als 20 angemeldet hätten. Außerdem fragten sie nach den in der Presse dargestellten Mängeln bei Organisation und Vorbereitung durch die Staatskanzlei. SPD und GRÜNE

ärgerten sich über die Suche nach Sündenböcken und das „Gemäkel“. Minister Harald Schartau empfahl bescheidenen Optimismus bei weiter guten Kontakten zu Russland.



VON GERHARD WIRTH (SPD)

Die Verkehrsverbünde in NRW sind wichtige Partner bei der Gestaltung kundenfreundlicher Nahverkehrsangebote. Sie haben integrierte Bus- und Bahnssysteme geschaffen. Sie waren der Motor für neue Entwicklungen im öffentlichen Nahverkehr und haben die Kooperation der Unternehmen, der Aufgabenträger und des Staates vorweggenommen. Gemeinschaftlich wurden die Angebote von Bussen und Bahnen vernetzt und städteübergreifende Fahrpläne, Tarife und Tickets eingeführt.

Durch die Regionalisierung müssen sie sich nunmehr zwischen den neun Zweckverbänden und der Vielzahl von Verkehrsunternehmen neu finden, definieren und behaupten.

Eines ist sicher: Im liberalisierten Verkehrsmarkt kommt mit zunehmender Marktöffnung das bisherige Zusammenspiel der kommunalen Verkehrsunternehmen und der Aufgabenträger noch einmal auf den Prüfstand. Dabei werden die Verbände als wichtiges Bindeglied auch in Zukunft gebraucht, denn sie können effizient und flächendeckend das unternehmerische Erfahrungspotenzial für die Planung und Organisation des Nahverkehrs vermitteln. Gewiss wird es dabei zu neuen Kooperationsformen auch auf der Verbundebene kommen.

Die Entscheidung über eine Neustrukturierung der Verbundlandschaft – insbesondere bezüglich der „kleineren“ Verbände, also außerhalb des VRR und VRS – zur Erhöhung ihrer Effektivität

und Effizienz ist jedoch ausschließlich von den Verbänden selbst zu treffen.



VON HEINZ HARDT (CDU)

NRW braucht starke und leistungsfähige Verkehrsverbände, um Nahverkehr optimal und kostengünstig anzubieten. Derzeit wird diese Aufgabe von neun Zweckverbänden im Land geleistet. Diese sind kommunal organisiert, sodass die Städte und Kreise großen Einfluss auf die Gestaltung des ÖPNV haben.

Auf diese kommunale Struktur setzt die CDU-Landtagsfraktion und hat dies zuletzt bei der Neufassung des Regionalisierungsgesetzes eingefordert. Die Frage, wie viele Verkehrsverbände für das Land verträglich sind, ist demnach auch nicht von der Landespolitik zu entscheiden. Die Entscheidungskompetenz dafür liegt auf kommunaler Ebene.

Landespolitisch bedeutend ist jedoch die Koordinierung der Verkehrsverbände, um zu verhindern, dass die Verbände in sich geschlossene Einheiten sind. Übergangstarife, der Abbau von Mobilitätsempässen und eine verträgliche und abgestimmte Preisgestaltung sind hierzu die Stichworte.

Doch auch hier sind die Verkehrsverbände bereits aktiv: Mit der Agentur Nahverkehr bauen sie sich diese Koordinationsebene gerade selbst auf. Damit kann eine sinnvolle Alternative zu der von der Landesregierung im Regionalisierungsgesetz durchgesetzten Managementgesellschaft geschaffen werden.

Letztlich ist jedoch entscheidend, dass wir eine ÖPNV-Struktur in NRW anbieten können, die eine kostengünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt und gleichzeitig auf das Konzept der kommunalen Zweckverbände setzt.

Damit muss NRW jedenfalls mehr als einen Verkehrsverbund haben.



VON CHRISTOF RASCHE (FDP)

Nach dem bewährten Prinzip der Subsidiarität, sollte die Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr möglichst nah am Fahrgast angesiedelt sein. Denn durch die Sachkunde vor Ort kann am besten sichergestellt werden, dass die regionalen Mobilitätsbedürfnisse angemessen befriedigt werden. Gleichwohl ist die derzeitige Verteilung der Aufgabenträgerschaft auf neun Zweckverbände kritisch zu hinterfragen. Diese Zersplitterung der Verantwortlichkeiten kann im Hinblick auf die erforderliche Koordination des Verkehrsangebotes im ÖPNV sowie die Schaffung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Produkt- und Qualitätsstandards, Fahrgastinformations- und Betriebssysteme keineswegs als optimal angesehen werden. Um eine koordinierte Planung, Organisation und Ausgestaltung des überregionalen Schienenpersonennahverkehrs zu gewährleisten, hat der Landtag Ende letzten Jahres mit Regierungsmehrheit beschlossen, dass die Zweckverbände und das Land eine gemeinsame Management-Gesellschaft gründen. Ob sich diese neue Koordinierungsinstanz in der Praxis bewährt oder den

Verwaltungsapparat für den SPNV weiter aufbläht, wird sich zeigen. Wenn die Landesregierung schon nicht den Mut hatte, den kleinteiligen Zuschnitt der Kooperationsräume zu ändern, wäre es aber einen Versuch wert gewesen, die Zusammenarbeit in Rahmen der bereits bestehenden, auf freiwilliger Basis gegründeten Agentur Nahverkehr NRW zu festigen und zu intensivieren.



VON PETER EICHENSEHER (GRÜNE)

Die Kundinnen und Kunden in Bussen und Bahnen wollen in sauberen und sicheren Fahrzeugen pünktlich von A nach B kommen. Dabei interessiert es sie weniger, wie viele Stadtgrenzen oder Grenzen von Verkehrsverbänden hierbei überschritten werden: Die Fahrt sollte möglichst ohne Umsteigen und zu einem akzeptablen Fahrpreis stattfinden.

In NRW sind neun Zweckverbände für die Organisation und Bestellung der ÖPNV-Leistungen zuständig. Diese zum Teil sehr kleinteilige Aufgabenträgerschaft wurde 1995 festgelegt. Bis heute haben sich die meisten Zweckverbände zu echten Kompetenzzentren für den ÖPNV entwickelt. Die Schwächen der Struktur sind aber ebenfalls klar: Zu viele und teilweise zu kleine Tarifgebiete mit einer kundenunfreundlichen Gestaltung der Übergangstarife. Alle Initiativen hier zu einfachen Lösungen zu kommen, waren nicht erfolgreich. Vor diesem Hintergrund hat die rot/grüne Koalition gehandelt, und mit dem seit dem 1. Januar 2003 geltenden ÖPNV-Gesetz eine Dachgesellschaft eingerichtet. Die Ziele der Gesellschaft sind klar definiert:

1. Ein einheitlicher NRW-Tarif, damit Fahrten im ÖPNV nicht an Verbundgrenzen scheitern,
2. eine größere „Bestellermacht“ gegenüber der DB AG, um das Fahrtenangebot im ÖPNV zu finanzieren und auszuweiten sowie
3. mehr Druck bei der Durchsetzung von Qualitätsstandards und Pünktlichkeit, damit mehr Kundinnen und Kunden die Vorteile des ÖPNV nutzen.



Zum Thema „Konnexität“

stellten die Fraktionen im Ausschuss für Kommunalpolitik am 12. Februar übereinstimmend weiteren Beratungsbedarf fest. Der Bund halte eine Regelung für die Finanzierung bei Zuweisung neuer Aufgaben für nicht nötig, weil hierbei ohnehin der Bundesrat mitentscheide, sagte Innenminister Dr. Fritz Behrens (l). Landesregierung und Kommunalpolitiker diskutieren über eine eigene Lösung durch ein Konnexitätsgebot in der NRW-Landesverfassung (auf dem Foto Ausschussvorsitzender Jürgen Thulke (SPD, 2.v.r.) im Gespräch mit Ministerialrat Johannes Winkel und Ausschussassistent Norbert Krause (r).
Foto: Schälte



Digitales Ruhrgebiet startet im März

Im Ausschuss für Kommunalpolitik berichtete in der von Jürgen Thulke (SPD) geleiteten Sitzung am 12. Februar Hanns-Ludwig Brauser (ProjektRuhrGmbH) auf Antrag der Grünen-Fraktion über das erfolversprechende Projekt „Digitales Ruhrgebiet“. Nach der Zustimmung aller Oberbürgermeister und Landräte seien starke Partner aus der Privatwirtschaft gewonnen worden. Das Projekt werde im März 2003 auf der Computermesse CEBIT in Hannover vorgestellt.

Ziel des Projekts „Digitales Ruhrgebiet“ ist ein Software-Portal, das einen sicheren und flächendeckenden Zugriff auf die Datenverarbeitung der Städte und Kreise ermöglicht. Dadurch könnten sich die einzelnen Gebietskörperschaften von eigenen Bemühungen um kostengünstige Serviceleistungen entlasten. Zunächst soll es eine „IT-Architektur“ für Anwendungen geben, die ohne elektronische Signaturen auskommen, zum Beispiel Meldewesen und Beschaffung. Vier Städte wollten bereits ihr Katasterwesen zusammenführen.

Laut Brauser gibt es 80 kommunale Handlungsfelder, die man mit gemeinsamem „e-government“ besser und preiswerter machen könne. Die Hürden beim Aufbau eines elektronischen

Portals für 5,5 Millionen Einwohner seien hoch, weil Städte und Kreise bisher jeweils ihre eigene Infrastruktur aufgebaut hätten. Aber neue Anforderungen, zum Beispiel die digitale Unterschrift, seien von den einzelnen Gebietskörperschaften nicht mehr zu bezahlen.

Für das Private-Public-Partnership-Projekt „Digitales Ruhrgebiet“ stellt die Projekt-Ruhr GmbH eine Million Euro zur Verfügung und erwartet Investitionen in Höhe von acht Millionen von der privaten Bietergemeinschaft, die für fünf Jahre auch das ökonomische Risiko übernimmt. Ziel ist ein neues Unternehmen, das das elektronische Portal betreibt. Eine Wertschöpfung von 60 bis 80 Millionen Euro werde erwartet und sei zum Beispiel über Gebührenordnungen refinanzierbar, sagte Brauser nach Fragen von Abgeordneten. Die Kommunen behielten die Vorherrschaft

bei Entscheidungen über den Mitteleinsatz. Anfangserfolge wie beim „Virtuellen Rathaus Hagen“ würden auf größerer Ebene fortgesetzt. Als Fernziel zeigten sich das „digitale NRW“ und sogar das „digitale Europa“.

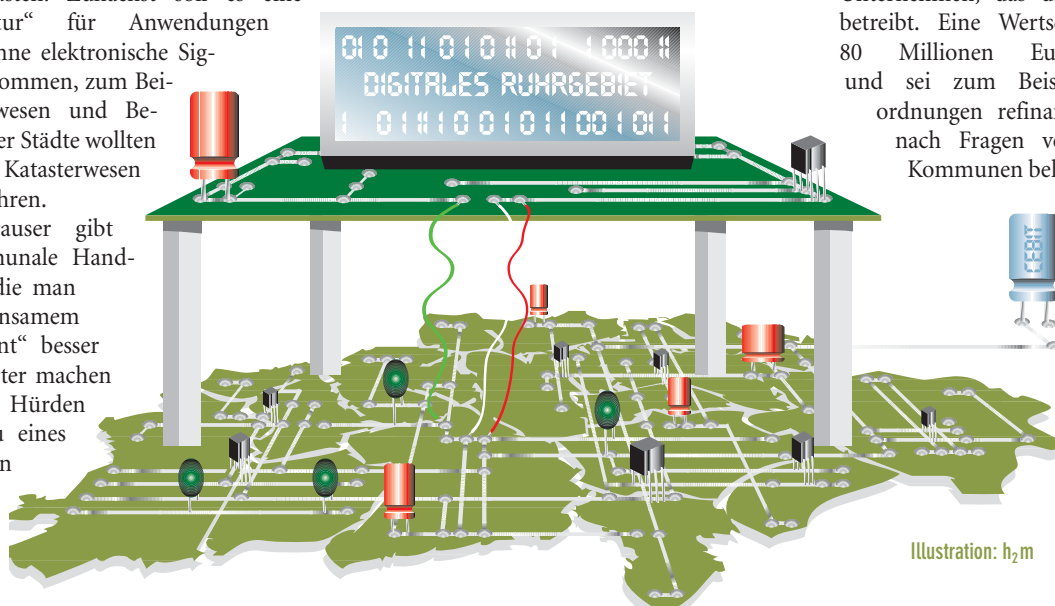


Illustration: h₂m

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Im **Ausschuss für Innere Verwaltung** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) berichtete ein Vertreter des Innenministeriums am 13. Februar über eine Polizeiaktion gegen die im Januar vom Bundesinnenminister verbotene Organisation „Hizb ut-Tahrir“ (arabisch für „Partei der Befreiung“). Das Verbot wurde in fünf Bundesländern, darunter NRW, mit Durchsuchungen und Beschlagnahmen vollzogen.

+++

Für das unterirdische Gütertransportprojekt CargoCab stellt das Wissenschaftsministerium in diesem Jahr 300.000 Euro zur Verfügung, allerdings mit der Auflage, dass ebensoviele Mittel aus der Wirtschaft eingeworben werden. Das erfuhr der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) am 13. Februar vor der Abstimmung über den gemeinsamen Antrag, wonach die Verkehrspolitik aller Fraktionen die weiteren Forschungsschritte unterstützen. Die FDP zog ihren Antrag zurück und bedankte sich für die konstruktive Beratung. Ein neues Wirtschaftlichkeitsgutachten hatte zu der Befürwortung beigetragen.

+++

Auf Anregung des **Ausschusses für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) hört der Haushaltsausschuss am 13. März die Spitzenverbände als Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen an. Die kommunalen Steuereinnahmen sanken in den ersten drei Quartalen des Vorjahres um acht Prozent. Die Gewerbesteuer brach mit einem Minus von 543 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr „in einem bisher nicht gekannten Ausmaß“ ein. Das teilte der Innenminister im Bericht „Kommunal Finanzen in NRW“ vom 4. Februar (Vorlage 13/1982) dem Ausschuss mit. Im Jahr 2003 werde die Zahl der Kommunen mit

Haushaltssicherungskonzept (im Vorjahr 105) weiter steigen, meint der Minister. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte würden 2003 die Rekordmarke von vier Milliarden Euro überschreiten.

+++

Der federführende **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linsen, CDU) vertagte die abschließende Beratung des Mittelstandsgesetzes auf den 2. April. In der Ausschusssitzung am 12. März wollen die Fraktionen über Änderungsanträge beraten. Im Gespräch sind unter anderem eine Befristung auf fünf Jahre und eine genauere Bestimmung über einen Mittelstandsbeauftragten.

+++

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik** lehnte am 12. Februar mit den Stimmen der Mehrheit den FDP-Antrag „Mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft!“ ab. Hildegard Nießen (SPD) und Ewald Groth (GRÜNE) hielten die Bindungen in Abfallwirtschaftsplänen für richtig und befürworteten die Planungssicherheit für kommunale Entsorgungsanlagen. Hans Peter Lindlar (CDU) sah dagegen die Bindungsverträge als nicht mehr situationsangemessen an und kritisierte die „Staatwirtschaft“. Private Gebührenzahler würden gezwungen, die Beseitigung von Gewerbemüll mitzufinanzieren. Sie hätten auch die Fehlplanungen mit Überkapazitäten bezahlen müssen. Christof Rasche (FDP) sah die NRW-Abfallwirtschaft als überholt, und Änderungen samt Kostensenkung als angezeigt an.

+++

Um frühzeitig auf europäische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen zu können, hat die Landesregierung die personelle und informationstechnische Ausstattung der Landesvertretung in Brüssel verstärkt. Das geht aus dem ersten europapolitischen Arbeitsprogramm 2003 hervor, das Europaminister Wolfram Kuschke dem **Ausschuss für Europapolitik** (Vorsitz Ute Koczka, GRÜNE) am 10. Februar vorlegte.

Im Rahmen des „pro-aktiven Ansatzes“ habe der NRW-Ministerpräsident mit dem Kommissionspräsidenten Prodi bereits über ein Planspiel zur Chemikalienpolitik gesprochen, teilte er mit.

+++

Eine Anhörung von Sachverständigen will der **Sozialausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) zum CDU-Antrag „Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens“ (Drs. 13/3217) durchführen. Der Termin steht noch nicht fest. Die Fraktionsanträge zum Thema „Ehrenamt“ will der Sozialausschuss erst am 26. März abschließend beraten, um allen mitberatenden Ausschüssen Gelegenheit zu einem Votum zu geben.

+++

Mit den Sorgen des Transportgewerbes bei Einführung der LKW-Maut und möglichen Hilfestellungen des Landes will sich der **Wirtschaftsausschuss** nach Vorlage eines Berichts der Landesregierung befassen.

+++

Eine interministerielle Projektgruppe und die Reise einer Kommission in die Partnerregion Slaskie/Schlesien sollen die langjährigen guten Beziehungen weiter vertiefen. Das beschlossen alle Fraktionen im **Europa-Ausschuss** am 13. Januar. In Polen findet in diesem Jahr ein Referendum zum EU-Beitritt 2004 statt.

+++

Der **Unterausschuss Metrorapid** (Vorsitz Gerhard Wirth, SPD) wählte am 29. Januar den Bonner Abgeordneten Gerhard Lorth (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden als Nachfolger für Gerhard Wächter, der in den Bundestag gewählt worden war.

+++

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** wählte am 7. Februar die SPD-Abgeordnete Inge Howe zur neuen Vorsitzenden. Die bisherige Vorsitzende Gerda Kieninger (SPD) ist jetzt Sprecherin ihrer Fraktion.



Glück in Düsseldorf, Pech in Berlin – der frühere FDP-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann, Landtagsabgeordneter in Düsseldorf und seit dem 22. September vergangenen Jahres mit Sitz im Berliner Bundestag, hat Anfang des Monats knapp die geheime Abstimmung in der FDP-Landtagsfraktion über seinen Verbleib – statt der erforderlichen 16 stimmten 15 Parlamentarier für den Ausschluss aus der Fraktion – für sich entschieden. In der Bundeshauptstadt hatte er weniger Glück: Obwohl Möllemann den Verzicht auf sein Bundestagsmandat angekündigt hatte, wurde er mit deutlicher Stimmenmehrheit – 39 der 45 anwesenden Fraktionsmitglieder votierten gegen ihn – aus der FDP-Fraktion des Bundestags ausgeschlossen. Außerdem wird auf Bundesebene das Parteiausschlussverfahren gegen ihn weiter betrieben. Der Politiker Möllemann war wegen seines antiisraelischen Flugblatts (und dessen Finanzierung) in der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes in die Schusslinie geraten. Von vielen wurde dieses Flugblatt für das unerwartet schlechte Abschneiden der FDP verantwortlich gemacht, das die Bildung einer schwarz-gelben Koalition und damit den Regierungswechsel im Bund verhindert haben soll.

Foto: Schälte



Kämpft gegen Risiken für die Landeskasse durch den Metrorapid: Verkehrsexperte Peter Eichenseher (GRÜNE).

Rot-Grün einigen sich auf Finanzierungskonzept für den Metrorapid

Als Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) Ende Januar im Unterausschuss Metrorapid (Vorsitz Gerhard Wirth, SPD) sein mit Spannung erwartetes Finanzierungskonzept vorstellte, hieß es von Seiten der Grünen-Fraktion ganz klar: „So nicht!“

Uneingeschränkte Rückendeckung erhielt Horstmann von der SPD-Fraktion: das Finanzierungskonzept sei „schlüssig und solide“.

Nach der im Auftrag der Bundesregierung vor einem Jahr erstellten Machbarkeitsstudie“ belaufen sich die Gesamtkosten auf 3,436 Milliarden Euro. Davon übernimmt zwei Milliarden der Bund. Weitere 338 Millionen Euro für die so genannten mittelbaren Kosten stammen ebenfalls aus Berlin: Sie sollen über das Bundeschienenwegeausbaugesetz finanziert werden. Die Industrie, genauer gesagt die Transrapid-Hersteller Siemens und Thyssen/Krupp, wollen jeweils 100 Millionen Euro als „unternehmerische Beteiligung“ (Horstmann) bereitstellen.



WENIGER KOSTEN

Darüber hinaus rechnet Horstmann mit einer Kosteneinsparung von insgesamt 219 Millionen Euro, vor allem durch Verkürzen der Züge von vier auf drei Waggons, was ein verändertes Sicherheitskonzept erlaubt. Für den verbleibenden Betrag von 679 Millionen Euro muss das Land einen Kredit aufnehmen. Das Darlehen sowie die Zinszahlungen in Höhe von 450 Millionen Euro sollen durch die Betriebseinnahmen getilgt werden. Hierfür setzt Horstmann einen jährlichen Überschuss von mehr als 50 Millionen Euro voraus. Den „Projekterfolg“ beziffert er bis zum Jahre 2025 auf 1,33 Milliarden Euro. Ausgehend von dieser Summe, soll nach Begleichung aller Kosten der Restbetrag von 204 Millionen Euro dazu genutzt werden, die von der Industrie in Aussicht gestellten 200 Millionen zurückzuzahlen.

„Wir landen also bei einer schwarzen Null“, so Horstmann. Um weitere Verhandlungen führen zu können, benötige er „politischen

Spielraum“. Er forderte daher die Grünen dazu auf, ihm ein klares Ja zum Finanzierungskonzept zu geben. Für die Einhaltung der Baukosten beim Metrorapid wolle er die Industrie in die Verantwortung nehmen. Gleichzeitig schloss er jedoch nicht aus, dass er eine Änderung des Landtagsbeschlusses beantragen werde, der eine Risikoübernahme des Landes beim Metrorapid verbietet.

Unter diesen Voraussetzungen weigerten sich die Grünen entschieden, das Finanzierungskonzept mitzutragen und forderten Präzisierungen. „Bei uns herrscht keine Begeisterung“, resümierte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Peter Eichenseher, nach der Ausschusssitzung. Er bezeichnete das Projekt als „tot“: „Es geht nur noch darum, wie teuer die Beerdigung wird.“

Kritik äußerte auch CDU-Verkehrssprecher Heinz Hardt, der das Finanzierungskonzept als „Vertrag zu Lasten Dritter“ bezeichnete. Das Projekt sei durch die Landesregierung schön gerechnet worden: „Die Folgekosten von 1,8 Milliarden Euro sind an keiner Stelle berücksichtigt.“ Christof Rasche (FDP)

trieb erreicht habe. Andererseits forderte er Klarheit in der Frage, ob die Landesregierung die Finanzierung des Metrorapid auch durch Landesbürgschaften absichern wolle. Bisher verbiete dies nämlich der Landtagsbeschluss.

Buchstäblich in letzter Minute verständigten sich SPD und Grüne im Koalitionsausschuss auf eine gemeinsame Vorlage: Demnach sollen die Planungskosten von rund 80 Millionen Euro nun nicht – wie vom Bund gefordert – zurückgezahlt werden, falls das Projekt nicht realisiert wird. Die heikle Frage einer möglichen Landesbürgschaft blieb jedoch weiterhin offen. Die Opposition kritisierte diesen Kompromiss als „faules Ei“, da die entscheidenden Fragen nicht geklärt worden seien.

In der Verkehrsausschusssitzung am 13. Februar teilte Minister Horstmann mit, das Finanzierungskonzept sei am 4. Februar in Berlin als Verhandlungsposition des Landes NRW vorgelegt worden, ergänzt durch den Zusatz, dass der erweiterte Zuschuss des Bundes nicht auf die Länder angerechnet werden dürfe. Auch sei festgeschrieben worden, dass die Planungsmittel des Landes in Höhe von 80 Millionen Euro nicht zurückgezahlt



Immer am Rande der Koalitionskrise: der Unterausschuss Metrorapid des Verkehrsausschusses, v.l. Vorsitzender Gerhard Wirth (SPD), Harald Holler (Assistent), Heinz Hardt (CDU); dahinter Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann und die Ministerialräte Bernd Klein und Dr. Harald Albuschkat
Foto: Schälte

lobte einerseits, dass die Landesregierung weitere finanzielle Zuschüsse vom Bund und von Seiten der Indus-

werden müssten. Ferner seien einige Positionen des Landtagsbeschlusses vom März 2002 aufgenommen worden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages werde in der Bereinigungssitzung am 20. Februar entscheiden. Dem Verkehrsausschuss werde der endgültige Text übermittelt.

Der Ausbau des Kölner Autobahnringes sorgt die nächsten zehn Jahre für Arbeit

2001 wurde der Landesbetrieb Straßenbau NRW gegründet

„Autobahnen sind unser Geschäft“ – mit diesem Slogan macht die Niederlassung Köln des Landesbetriebs Straßenbau NRW auf sich aufmerksam. Die 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon 400 in den acht Autobahnmeistereien – sind für 600 Kilometer Bundesautobahnen von Aachen bis Wuppertal und von Hilden bis Blankenheim, für ungefähr 1.000 Brücken, 174 Kilometer Lärmschutzanlagen, 53 Parkplätze und zum Beispiel auch für 190 Regenrückhaltebecken zuständig. Ihre Tätigkeit umfasst die Bereiche Planung, Bau, Betrieb, Unterhaltung und Erneuerung der Bundesautobahnen. Dazu gehört auch so anspruchsvolle Technik wie die elektronische Verkehrsbeeinflussung. Planungs- und Bauschwerpunkt für die nächsten Jahre ist die Verbreiterung des 52 Kilometer messenden Kölner Rings auf sechs- bzw. achtstreifige Verkehrsführung – das wichtigste Großprojekt, nachdem die Koordinierung mit dem Bau der neuen ICE-Verbindung entlang der Autobahn nach Frankfurt mit dem Anschluss an den Flughafen fast fertig gestellt ist.



Is 2013 haben sich die Kölner das Ziel gesetzt, diese in Deutschland am stärksten belastete Autobahn (der Abschnitt der A 3 zwischen dem Dreieck Heumar und dem Kreuz Köln-Ost zählt täglich bis zu 180.000 Kraftfahrzeuge) zu verbreitern. 26 Kilometer des Rings sind bereits ausgebaut, für die andere Hälfte wird mit Investitionen von einer halben Milliarde Euro gerechnet. Das erfordert vollen Einsatz und Motivation. Die sieht Uwe Dewes (52), Leiter der Niederlassung Köln, als gegeben an. Er berichtet davon,

das die kaufmännische Buchführung endlich Vergleiche ermöglichen wird: Arbeitet die Autobahnmeisterei A günstiger als die Meisterei B? Wer billiger ist, freut sich, wer darüber liegt, setzt seinen Ehrgeiz daran, seine Kosten zu senken.

Aber was nutzt die beste Mannschaft, wenn deren Arbeitsergebnisse auf wenig Gegenliebe stoßen? Dewes weiß aus seiner Tätigkeit, dass Straßenbaumaßnahmen nicht nur das Geld des Steuerzahlers benötigen, sondern neben den unumgänglichen planerischen und rechtlichen Voraussetzungen auch auf Akzeptanz bei den Menschen stoßen müssen, vor allem bei denen, die in der Nähe solcher Verkehrszüge leben. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Information, denn jeder Ausbau bringt auch Belastungen mit sich“, räumt er ein. In Diskussionsveranstaltungen versuchten darum die Mitarbeiter des Landesbetriebs, das Wie und das Warum der Planungen den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen und den Abwägungsprozess, der den Projektentscheidungen zu Grunde liegt, nachvollziehbar zu machen. Schon im Vorfeld gebe es daher Überlegungen, wie die Akzeptanz zu verbessern ist.

Dank Internet und anderer elektronischer Medien können Autofahrer über Baustellen und Verkehrsbehinderungen auf dem Autobahnnetz laufend Auskunft erhalten. Neben den unmittelbar Betroffenen werden auch Technikbegeisterte (bei Betriebsbesichtigungen der Autobahnmeistereien) und Anwohner, Spaziergänger oder vielleicht bloß

Neugierige bedient: Brücken- und Tunnelreste bürgern sich zunehmend als Alternative zu offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten ein. Grund zum Feiern haben bald die Einwohner des Kölner Stadtteils Lövenich: Zum Schutz vor Lärm wird an dieser Stelle die Autobahn mit einem Glasdach versehen, das eineinhalb Kilometer lang ist. Der Baubeginn wurde hinausgeschoben, weil nach Bränden in Autobahntunneln die Planung in Sachen Brandschutz und Be- und Entlüftung noch einmal überarbeitet werden musste.

Henning Klare (56), Direktor des Landesbetriebs, wundert sich in der Rückschau fast darüber, dass der Übergang von den Landschaftsverbänden und die Fusion der beiden Straßenbauverwaltungen so reibungsarm geklappt haben.

EHRGEIZ

Neben den landsmannschaftlichen Vorbehalten gab es anfangs noch weitere Unbekannte: Könnten eigene Lösungen für die Querschnittsbereiche Informationstechnik, Personalverwaltung, Einkauf und Rechnungswesen zügig aufgebaut werden? Wie würden interne Transparenz und Wettbewerb der Betriebsteile untereinander von den Mitarbeitern aufgenommen? Würde die betriebswirtschaftliche Sicht nicht nur auf dem Papier, sondern auch in den Köpfen der Mitarbeiter Platz greifen?

Immerhin setzte der Landesbetrieb im Jahr seiner Gründung das höchste Bauvolumen seit Jahren um. Der Ehrgeiz, am Umbau des neuen Unternehmens aktiv mitzuwirken,

Das Firmenschild eines „ganz normalen Wirtschaftsunternehmens“ vor der Kölner Niederlassung.



Eine der wichtigsten Verkehrsdrehscheiben Europas – wie ein Ring umschließen die viel befahrenen Autobahnen A 1 im Nordwesten, A 3 im Osten und A 4 im Süden das Kölner Stadtgebiet.

war wohl stärker als die anfänglichen Bedenken.

Was alles der Zusammenschluss der rheinischen und westfälischen Straßenbauverwaltungen betriebswirtschaftlich bewirkt haben mag, er hat auch die Klammer zwischen beiden Teilen des Bindestrich-Landes verstärkt. Nach Struktur und Kultur wurde in Münster und Köln unterschiedlich verfahren. Als der Zusammenschluss anstand, wurde beiderseits von „unfreundlicher Übernahme“ gemunkelt. Das ist Vergangenheit, die Unterschiede haben sich verwischt, die beiden früheren Abteilungen sind auf dem Weg zu einem Landesbetrieb – organisatorisch, betriebswirtschaftlich und mental. Der zeitliche Druck hat in den Augen von Klare dabei sein Gutes gehabt: „Es hat einen unheimlichen Schub in der Entwicklung gegeben. In der alten Struktur hätten wir uns vielleicht auch in die Richtung entwickelt. Aber nicht in dieser Konsequenz und in dieser Kürze der Zeit“.

Die Entwicklung geht hier wie andernorts weiter. Inzwischen ist der „Virus“, aus der Behörde von Einst ein modernes Dienstleistungsunternehmen zu formen, das wie ein großes Ingenieurbüro arbeitet, überall unterwegs. Nordrhein-Westfalen hat mit Erfolg andere Bundesländer angesteckt. Klare

berichtet: In Brandenburg beraten die Nordrhein-Westfalen bei der Umgestaltung. Das nördliche Bundesland Schleswig-Holstein denkt über denselben Schritt nach. Im Süden, in Rheinland-Pfalz, ist man weiter gegangen und hat die Verkehrseinrichtungen zum wirtschaftlichen Eigentum des Landesbetriebs gemacht. Der aktiviert sie in seiner Bilanz, schreibt sie ab und bekommt vom Land „Pacht“ für die Nutzung.

Diesen Weg ist der nordrhein-westfälische Landesbetrieb nicht gegangen. Dennoch ist er Vorreiter. Nächste Station in diesem Jahr ist die genaue und flächendeckende Leistungserfassung bis hinunter zur einzelnen Arbeitskolonne. Auf der Grundlage der fort-

geschriebenen Ist-Werte wird in den Niederlassungen die Debatte über Aufgabenbestand und Erledigung zu führen sein. Die Ex-Behörde will sich so ertüchtigen, dass sie neben privaten Anbietern auch aus dem Ausland bestehen kann. Das setzt genaue Kalkulation und vernünftige Preise voraus – und vielleicht auch eine gehörige Portion Optimismus: „Unsere Betriebsatzung sagt: Kostendeckung ist das Mindeste“, erklärt abschließend Uwe Dewes. „Aber es ist nicht verboten, Gewinne zu machen.“

J.K.

Vor der Karte des Stau geplagten Kölner Rings: Henning Klare (l.), Direktor des Liegenschaftsbetriebs Straßen NRW, und Uwe Dewes (r.), Leiter der Kölner Niederlassung.
Fotos: Schälte



Vor drei Jahren: Landtag beschließt Gründung des „Landesbetriebs Straßenbau“

Es war eine parlamentarische Kraftanstrengung ohnegleichen, das 2. Modernisierungsgesetz – genauer Titel: „Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen“ – durch die Erörterung im federführenden Ausschuss für Verwaltungsreform und zwölf mit beratenden Ausschüssen zu bringen. In einem langen Sitzungs- und Anhörungsmarathon erörterten die Parlamentarier der drei damals im Landtag vertretenen Fraktionen den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf. Im Interesse der Akzeptanz wurde der umfassende

Rat von Experten eingeholt und die Beteiligten und Betroffenen um ihre Stellungnahmen gebeten. Am 13. April 2000 war es dann so weit: In zweiter Lesung stimmten die SPD und (bis auf drei Enthaltungen) die Grünen für das Gesetz, die CDU war dagegen. Mit diesem Gesetz wurde der Schlusspunkt unter eine siebenjährige Debatte im Landtag gesetzt.

Ein wesentlicher Bereich wurde im Zuge der Reform neu geschnitten: die Straßenbauverwaltung des Landes. Sie wurde aus den beiden Landschaftsverbänden herausgelöst (eine Klage dagegen blieb ohne Erfolg) und in

die direkte Verantwortung des Landes übernommen. Seit dem 1. Januar 2001 arbeitet der neue „Landesbetrieb Straßenbau“ mit den beiden Zentralen in Köln und Münster, 19 Niederlassungen im ganzen Land, 85 Autobahn- und Straßenmeistereien, vier Fachcentern und rund 6.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – das sind 21 Prozent weniger als noch 1990. Für Einsparungspotentiale und Synergieeffekte sollen zudem die Abkehr von der Kameralistik und die Einführung der kaufmännischen Buchführung mit flächendeckendem Controlling sorgen, die eine umfassende Kosten- und Leistungsrechnung voraussetzen. Wo steht der Landesbetrieb jetzt, zwei Jahre nach seiner Gründung?

Klonverbot: Lässt sich die umfassende deutsche Regelung international durchsetzen?

Fraktionen debattieren Strategie für Verhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen

Nach dem Willen der CDU des Landes soll jede Form des Klonens von Menschen international geächtet werden. Das ist die Forderung eines Antrags (Drs. 13/3449), über den der Landtag debattiert hat. Wenn auch Sprecher anderer Fraktionen der Zielrichtung grundsätzlich zustimmten, so meldeten sie dennoch Zweifel an, ob eine solche Regelung international durchzusetzen ist. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung wird den Antrag federführend weiter beraten. Darauf einigten sich die Fraktionen einstimmig Ende Januar.

Manfred Kuhmichel (CDU) unterstrich: „Wir haben eine unendlich große Verantwortung“. Es sei Zeit zu handeln. Glücklicherweise gebe es in Deutschland mit seinem Stammzellengesetz und dem Verbot jeglicher Form des Klonens, also sowohl des reproduktiven wie des therapeutischen, hohe Standards, für die international zu werben sei, um auch andere Länder zu überzeugen. Angesichts der unterschiedlichen Regelungen im Ausland sagte Kuhmichel, man müsse aktiv nach Mitstreitern suchen: „Wir müssen gemeinsam darauf drängen, dass unsere nationale Gesetzeslage auch international ohne jede Einschränkung und taktisches Kalkül vertreten wird“. Darum freue er sich, dass SPD, GRÜNE und CDU im Bundestag einen gemeinsamen Antragsentwurf formuliert hätten, der jegliche Form des Klonens ablehnt und „eine internationale Konvention mit einem strafbewehrten Klonverbot anstrebt“.

Dietrich Kessel (SPD) fügte an, in Deutschland sei die Rechtslage eindeutig. Hier sei es über die Parteigrenzen, „aber auch in der Wissenschaft weitgehend unstreitig“, dass in einer Konvention der Vereinten Nationen ein internationales Verbot des Klonens mit menschlichen Embryonen festgeschrieben werden müsse. Allerdings bestünden dazu auf der Ebene der UN nicht die besten Chancen, schränkte Kessel ein. So wünschenswert es wäre, dass die Vereinten Nationen die deutsche Regelung übernahmen, „so unrealistisch ist es zu erwarten, dass dies ohne Abstriche erreicht werden kann“. Darum solle erst einmal die Initiative darauf gerichtet sein, das reproduktive Klonen weltweit zu ächten. Deutschland werde sich bei den anstehenden Verhandlungen darauf einzurichten haben, dass es dabei um ein Klonverbot gehen wird, „das nicht in vollem Umfang den Bestimmungen unserer Gesetze,

also des Embryonenschutzgesetzes und des Stammzellengesetzes, gerecht wird“.

Joachim Schultz-Tornau (FDP) wandte gegen den CDU-Antrag ein, er enthalte ein apodiktisches Unwerturteil des therapeutischen Klonens. Seine Fraktion werte diese Art des Klonens völlig anders. Diese Tür sollte man nicht von vornherein zuwerfen,

riet er und sah es als ausgeschlossen an, „dass ein Verbot beider Arten des Klonens jemals internationales Recht werden könnte“. In den internationalen Verhandlungen sollten beide Ebenen deutlich getrennt werden. Man halte nichts davon, eine internationale Ächtung anzustreben und gleichzeitig Ausnahmeregelungen für Länder vorzusehen, die das Klonen zulassen wollen – das sei Ausdruck von Doppelmoral.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) erklärte, für ihre Fraktion gebe es keine unterschiedliche ethische Bewertung zwischen therapeutischem und reproduktivem Klonen. Das wissen-

schaftsethische Gebot der Folgenabschätzung lege nahe, „die Türöffnerfunktion des einen für das andere ernst zu nehmen. Wenn die Technik des Klonens in therapeutischer Absicht erst einmal erfolgreich etabliert ist, lässt sich ihr Ansatz zur Herbeiführung einer Schwangerschaft wohl kaum mehr unterbinden“. Bevor an anderer Stelle Fakten geschaffen würden, müsse schnell gehandelt werden: „Noch vor dem Herbst 2003 müssen wir die Meinungsbildung für ein umfassendes Klonverbot in Deutschland hergestellt haben. Für dieses gilt es international zu werben“. Mit einem gemeinsamen Votum des nordrhein-westfälischen Landtags könne die Bundestagsinitiative unterstützt werden.

Forschungsministerin Hannelore Kraft (SPD) begrüßte ebenfalls die Bundestagsinitiative von SPD, CDU/CSU und GRÜNE für ein internationales Verbot des Klonens mit Embryonen. „Wir brauchen in dieser wichtigen Angelegenheit möglichst große Einigkeit“, sagte die Ministerin und warnte davor, sich in dieser Sache parteipolitisch profilieren zu wollen: „Ich plädiere dafür, dass wir im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung eine gemeinsame, fraktionsübergreifende Stellungnahme erarbeiten“. Das sollte aber nicht den Blick für die politischen Gegebenheiten trüben. Man müsse vermeiden, auf internationaler Ebene in eine Position des Alles-oder-Nichts zu kommen. Kraft: „Wenn sich für die deutsche Rechtsposition auf Biegen und Brechen keine Mehrheit in den Vereinten Nationen finden lässt, sollten wir lieber den Spatz in der Hand wählen als die Taube auf dem Dach“.

Antonius Rüsenberg (CDU) unterstrich die Haltung der Union, die beide Arten des Klonens ablehne: „Für uns gibt es keinen Zwischenweg“. Beim therapeutischen Klonen würden Embryonen erzeugt, „um als biologisches Ersatzteillager, als medizinischer Rohstoff bereit zu stehen – eine solche Vorgehensweise können wir nicht akzeptieren und halten sie für verantwortungslos“. Es gehe nicht nur um die Menschenwürde, für gläubige Menschen – daran könne man durchaus erinnern – sei das Klonen ein Eingriff in ein Tabu, „nämlich in das unverwechselbare, unwiederholbare Netz seiner Beziehungen zwischen ihm und seinem Schöpfer“.

Dr. Jana Pavlik (FDP) legte Wert darauf, zwischen reproduktivem und therapeutischem Klonen zu differenzieren. Vielleicht gelinge es ja in naher Zukunft, dass adulte an Stelle von embryonalen Zellen eingesetzt werden können, „so lange sich hier aber keine umfänglichen und überzeugenden Alternativen bieten, plädieren wir Liberale für eine verantwortungsvolle Offenhaltung medizinischer Forschungsmöglichkeiten“.

Dosenpfand als Zwischenstation auf dem Weg zur ökologischen Verpackung

Aktuelle Stunde zeigt Gemeinsamkeiten auf

Auf Antrag der Grünen-Fraktion hat der Landtag Ende vergangenen Monats im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Thema „Einführung des Dosenpfands erfolgreich – Verpackungsverordnung ökologisch novellieren“ debattiert.

Johannes Remmel (GRÜNE) kritisierte, die Wirtschaft habe ihre freiwilligen Zusagen im Rahmen der Verpackungsverordnung nicht eingehalten. Die aktuelle Verpackungsverordnung müsse novelliert und verbessert werden. Zum Beispiel sei künftig zwischen ökologisch vorteilhaften und ökologisch nachteiligen Verpackungen zu unterscheiden. Dann werde die Quote überflüssig. Die Landschaftverschmutzung sei einzudämmen, die Steigerung des Getränkedosenabsatzes zu vermindern.

Hubert Schulte (CDU) nannte die Einführung des Dosenpfandes zu Beginn des neuen Jahres einen „milliardenschweren Praxistest mit allen Risiken“. Die Zusatzkosten für die Wirtschaft würden auf 800 Millionen Euro pro Jahr geschätzt, der ökologische Nutzen sei äußerst gering. Die CDU wolle sich daran beteiligen, das nun bestehende System

zu verbessern. Verordnungen, mit denen das Verhalten der Menschen geändert werden solle, bedürften eines Verfallsdatums.

Dr. Bernd Brune-meier (SPD) war der Meinung, jetzt gehe es darum, ein System ökologisch vorteilhafter Verpackungen zu etablieren, in dem der Mehrweg-schutz seinen Anteil habe wie auch ökologisch richtige Einwegverpackungen. Natürlich sei man im Lande für freiwillige Vereinbarungen, aber ob die Erfahrungen damit bei der Verpackungsverordnung so idealtypisch gewesen seien, „müsste man bei Gelegenheit einmal ganz ohne Schaum vor dem Mund diskutieren“.

Holger Ellerbrock (FDP) war für das Instrument der Ökobilanz bei der Bewertung von Verpackungen. Anstatt Nachhutgefechte zu führen, sei jetzt nach vorne zu blicken. Die Verordnung müsse nicht nur novelliert, sondern



Ex-und-hopp – das gilt seit dem 1. Januar nicht mehr. Inzwischen hat der Verkauf von Getränkedosen deutlich nachgelassen. Fotos: Schälte

Pflichtpfandmarke des Handels



grundsätzlich überarbeitet werden.

Vom Begriff „Zwangspfand“ sollte abgegangen werden, Nachhaltigkeit sei zu beachten und der Aspekt der Wirtschaft und der Arbeitsplätze müsse einbezogen werden.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bedauerte, dass das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung, zu dem sie stehe, bei der Verpackungsverordnung nicht funktioniert habe. Bei der anstehenden Novellierung sollten die Kartonverpackung und der Milchschauch als ökologisch anerkannt werden, damit sie im Herbst des Jahres nicht „bepfandet“ werden müssen. Im dritten Anlauf sollte zu schaffen sein, was allen dient: Verlässlichkeit der Politik für Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätze. ♻️

CDU-Antrag zu Wachstum und Beschäftigung

„Nur im Konsens der beiden Volksparteien“

Entgegen dem Wunsch der antragstellenden Fraktion sofort abzustimmen, überwies der Landtag auf Antrag von SPD und Grünen den CDU-Antrag „Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“ (Drs. 13/3445) und die FDP-Entscheidung „Mittelstand entlasten – neue Arbeitsplätze für NRW schaffen“ (Drs. 13/3471) nach konsensorientierter Aussprache am 22. Januar zur Beratung an fünf Fachausschüsse und federführend an den Wirtschaftsausschuss.

In ihrem Antrag spricht sich die CDU dafür aus, nur bei konsumptiven Ausgaben einzusparen, nicht bei Investitionen. Sozial- und Arbeitslosenhilfe sollten „bundesfinanziert“ zusammengelegt werden. Im Gesundheitswesen schlägt die CDU unter anderem Beitragsrückerstattung für kostenfreie Jahre oder Wahltarife mit Eigenleistungen vor.

Die Steuer- und Abgabenlast müsse gesenkt werden. Die CDU bemühe sich in ihrer Initiative um die Zustimmung aller Fraktionen.

Marc Jan Eumann (SPD) hielt vieles für bedenkenswert und beratungswürdig, kritisierte aber

das Gemammere statt Aufbruchstimmung im CDU-Antrag. Wichtigste Aufgabe der Politik sei es dagegen, Vertrauen aufzubauen. Er wies auf das Mittelstandsgesetz,

steigende Ausgaben für Bildung und Wissenschaft und die offene Ganztagschule als wichtige Schritte hin.

Dr. Gerhard Papke (FDP) vermisste beim Vordränger Aussagen zur erschreckenden Massenarbeitslosigkeit und sah die Wirtschaftslage in NRW als dramatischer an als im Bundesgebiet. Alle Arbeitsmarkt-Maßnahmen hätten nichts gebracht. Wenn Arbeit in Deutschland zu teuer sei, werde sie ins Ausland oder auf den Schwarzmarkt verlagert. Arbeit müsse kostengünstiger werden. Bündnisse für Arbeit in Betrieben müssten Rechtskraft erhalten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, vermisste konkrete Lösungen im CDU-Antrag, etwa bei Steuerpolitik und Subventionsabbau. Bei Ganztagsbetreuung setze die CDU nur auf den Staat, nicht auf Bürgerengagement, kritisierte sie. Wachstum dürfe nicht ungebremst fortgeschrieben werden und sei nicht mehr Grundlage von Verteilungsgerechtigkeit.

Harald Schartau (SPD), Minister für Wirtschaft und Arbeit, hielt Schwarzmalerei bei Wirtschaftsproblemen für falsch und trat dafür ein, die Sache nach vorn zu bringen, möglichst über Parteigrenzen hinweg. Bei Existenzgründungen und Mittelstandsförderung solle NRW Akzente setzen. Das Wichtigste seien vorhandene Arbeitsplätze. Der Kündigungsschutz müsse verändert werden. Abfindungen könnten bei Anschlussbeschäftigungen wegfallen.

Christian Weisbrich (CDU) sagte, nach der klaren Analyse müsse es mehr Transparenz, Eigenbeteiligung und Wettbewerb geben. Jährlich verließen 60.000 Deutsche das Land. Der Chefstrategie im Kanzleramt beschreibe den Handlungsbedarf ganz genau.

Horst Vöge (SPD) bekundete teils Zustimmung, teils Kritik am CDU-Antrag. Neue Regeln der Zumutbarkeit bei Arbeit würden vorbereitet, Zeit- und Leiharbeit liberalisiert, der Niedriglohnbereich neu geregelt. Nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch andere Einkommen als Grundlage

Von drei Millionen Arbeitsplätzen in Privathaushalten seien nur 36.000 angemeldet, berichtete der Landtagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Hermann Josef Arentz, dahinter: Ministerpräsident Peer Steinbrück und Arbeitsminister Harald Schartau.

der Solidarität, versicherungsfremde Leistungen und die Versicherungspflichtgrenze seien in der Diskussion, die nur im Konsens der beiden Volksparteien Erfolg bringe.

Dr. Gerhard Papke (FDP) berichtete vom Beispiel Dänemark, wo es keinen Kündigungsschutz, aber erheblich geringere Arbeitslosigkeit und neue Einstellungsdynamik



Die Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron (SPD, l.) und Dr. Jürgen Rüttgers verhandelten über das parlamentarische Prozedere bei der CDU-Initiative „Wachstum, Beschäftigung, Gerechtigkeit“. Fotos: Schälte

Die FDP fordert in ihrer Entscheidung deutliche Steuersenkungen, niedrigere Lohnsatzkosten, Befreiung der Arbeitslosenversicherung von versicherungsfremden Leistungen, flexiblere Tarifverträge, Kündigungsschutz in Betrieben ab 20 Mitarbeitern und geringfügige Beschäftigungen bis 630 Euro mit pauschaler Besteuerung.


Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, stellte hausgemachte Wachstumschwäche als Ergebnis von Reformverweigerung in Deutschland fest und forderte mehr öffentliche Investitionen statt Zinszahlungen.

gebe. Bei uns behielten mittelständische Unternehmer Mitarbeiter bis zur Grenze des persönlichen Risikos.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) trat für eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit ein und hoffte auf Wachstum im Dienstleistungssektor. Außer Arbeitszeitverkürzung seien Wahlarbeitszeiten, Jobsharing und Altersberufsanfängerteilzeit wichtige Modelle.

Hermann-Josef Arentz (CDU) wies auf das Rekordniveau von Firmenzusammenbrüchen in NRW hin und kritisierte Steuer- und Abgabenerhöhungen als falschen Weg. Angstsparen und Konsumverzicht seien Ausdruck von fehlendem Vertrauen. Arbeit in privaten Haushalten dürfe nicht schlechter behandelt werden als Arbeit in Unternehmen. Von drei Millionen Arbeitsplätzen in Haushalten seien nur 36.000 angemeldet. „Willkommen im Club“ sagte Arentz zu den Äußerungen des Ministers zur Lockerung des Kündigungsschutzes. Er beantragte namens seiner Fraktion, die Thesen aus dem Kanzleramt zu Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, hielt den CDU-Antrag für diskussionswürdig und die eben vorgelegte EntschlieÙung für unfair. Die SPD sei bereit, im parlamentarischen Verfahren gemeinsame Positionen zu finden.

Nach einer Sitzungsunterbrechung überwies die Landtagsmehrheit die Anträge in die Ausschussberatung, einschließlich der während der Debatte eingebrachten CDU-EntschlieÙung (Drs. 13/3473), die Kanzleramts-Thesen zu unterstützen. 



Aktuelle Stunde zu Missständen im Bahnverkehr

Fraktionen für Trennung von Netz und Betrieb

In einer von der FDP beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 23. Januar über das Thema „Missstände im Nah- und Fernverkehr – Konsequente Trennung von Netz und Betrieb erforderlich“. Die Debatte war verbunden mit dem CDU-Antrag „Bahnverkehr im Land NRW – Nah- und Fernverkehr müssen verlässlich sein“.

Christof Rasche (FDP) berichtete von Chaos auf dem Schienennetz der Deutsche Bahn AG seit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2002. Menschen warteten am Bahnsteig und seien stinksauer. Auf der Strecke Siegburg/Bonn nach Düsseldorf funktioniere seitdem gar nichts mehr. Zusätzliche Schwierigkeiten verursache die Fahrpreismstellung, verbunden mit Preiserhöhungen. Das Land zahle jährlich 700 Millionen Euro für den Schienenahverkehr. Das Monopol der DB erlaube den Kunden keine andere Wahl. Mehr Wettbewerb sei nötig.

Heinz Hardt (CDU) sah die Mobilität vieler Bürger als unerträglich beeinträchtigt und die Volkswirtschaft durch Verspätungen als geschädigt an. Der Nahverkehr sei zum Stiefkind der DB geworden. Weniger Waggons führten zu nicht vertretbarer Überfüllung. Die Landesregierung solle der DB Dampf machen. Dass das Auto wieder zur Alternative werde, müsse verhindert werden.

Gerhard Wirth (SPD) hielt den Metrorapid für die einzige Alternative. Der fahre pünktlich und zuverlässig alle zehn Minuten. Mehr Pünktlichkeit und mehr Kundenorientierung seien nötig. Zwölf Millionen Zugkilometer, mehr gingen nicht ohne Reibungsverlust. Die SPD wolle als Sofortmaßnahme die ICE-Mitbenutzung bei Zugverspätungen.

Peter Eichenseher (GRÜNE) meinte, ein Metrorapid in zehn Jahren helfe den Leuten nicht, und verlangte einen Bericht im Verkehrsausschuss über die Beseitigung der massiven Mängel. Pendler zahlten hohe Fahrpreise und hätten ein Recht auf angemessene Leistung. Der Unmut steige besonders dort, wo sehr gute Interregio-Verbindungen abgeschafft worden seien. Das mangelhafte Management dürfe angesichts hoher Zahlungen des Landes nicht länger hingenommen werden.



Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sah den größten Einbruch bei Pünktlichkeit und Ausfall von Zügen nach den Weihnachtsferien. In der dritten Januarwoche sei der Betrieb verbessert worden. Noch immer seien aber zu alte oder zu wenige Fahrzeuge im Einsatz. Im Schienennetz gebe es Engpässe. Die Zweckverbände sollten ihre vertraglichen Rechte wahrnehmen bis hin zu Vertragsstrafen.


Günter Langen (CDU) bekannte sich als begeisterter Bahnfahrer, berichtete von eigenen negativen Erfahrungen und verlangte konsequente Trennung von Netz und Betrieb.

Hardy Fuß (SPD) warf der CDU vor, bei einer Bahn-Protest-Aktion den Kunden nicht geholfen, sondern sie zur eigenen Profilierung benutzt zu haben. Mit dem sehr großen Lieferanten Bahn müssten die Probleme besprochen werden, sagte Fuß.

Dietmar Brockes (FDP) hielt bessere Information über die Gründe von Betriebsmängeln und mehr Wettbewerb für notwendig. Die Bahn blockiere den Wettbewerb, deshalb müsse die Politik aktiv werden. Eine gemeinsame Initiative zur Trennung von Netz und Betrieb wäre gut.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) verlangte, die Landesmittel zu kürzen. Zwischen dem Lieferanten Bahn und dem Auftraggeber Land bestehe eine seltsame Verquickung im Hinblick auf den Metrorapid. Private Betreiber seien schon in Sicht.

Gerhard Wirth (SPD) sprach sich ebenfalls für die Trennung von Netz und Betrieb aus. Private Betreiber seien aber auch kein Allheilmittel.

Gerhard Lorth (CDU) meinte, die DB AG und die Verkehrsverbände hätten sich übernommen. Er berichtete, andere Bundesländer schlugen ganz andere Töne gegenüber der DB als NRW an. Die DB könne die Verträge nicht einhalten. 

DIESE MITTEILUNGEN LIEGEN IN DER ALLEINIGEN VERANTWORTUNG DER FRAKTIONEN

SPD

SPD: „Behinderte Menschen sind die Verlierer der Bahnpreisreform“

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Michael Scheffler, hat der Bahn vorgeworfen, schwerbehinderte Menschen zu den größten Verlierern der Preisreform der Bahn gemacht zu haben. „Wir fordern die Verantwortlichen auf, sich nachdrücklich für den Ausgleich der reformbedingten Nachteile einzusetzen“.

Der mit der Bahnreform erfolgte Wegfall der Interregios treffe schwerbehinderte Menschen in besonderer Weise. Bis zum Fahrplanwechsel hätten Schwerbehinderte die Interregios mit einem speziellen Ausweis weitgehend kostenfrei nutzen können. Nunmehr müssten sie entweder häufiger umsteigen oder deutlich höhere Preise zahlen. Ersteres führe zu erheblich längeren Fahrzeiten. Dies sei gerade für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt seien, nicht zumutbar. Das gelte umso mehr, als ein barrierefreier Zugang zu den Bahnsteigen und Zügen immer noch nicht überall gewährleistet sei.

Scheffler unterstrich, dass eine solche Fehlentwicklung sozialpolitisch nicht zu verantworten sei. Er habe deshalb in Briefen an die nordrhein-westfälische Sozialministerin Birgit Fischer, NRW-Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann sowie Bahnchef Hartmut Mehdorn über den eingetretenen Missstand informiert und sie gebeten, sich im Sinne der Betroffenen für eine Lösung des Problems einzusetzen. „Wir werden in unserem sozialpolitischen Engagement nicht nachlassen. Wir werden auch im Europäischen Jahr der Behinderten alles tun, um schwerbehinderten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen“, stellte Michael Scheffler für die SPD-Landtagsfraktion fest.

FDP

FDP: Justiz in NRW wird kaputt gespart

Die Justiz in NRW wird sehenden Auges von der Landesregierung an die Wand gefahren. Die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten kann nicht mehr gewährleistet werden – zu dieser Bewertung kommen die beiden FDP-Rechtsexperten Jan Söffing und Robert Orth angesichts der massiven Mittelkürzungen in Höhe von 42,7 Millionen Euro. „Obwohl im Bereich der Justiz die Arbeitsbelastung zunehmen wird, soll die weitere IT-Ausstattung dem Rotstift zum Opfer fallen. In den vergangenen Jahren wurde in der Hoffnung auf Effizienzsteigerungen durch Hard- und Software Personal massiv abgebaut“, kritisierten die FDP-Rechtspolitiker. Die Konsequenz aus diesen Sparmaßnahmen sei eindeutig: Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger schrieben häufiger selbst ihre Verfügungen und Entscheidungen und übernahmen die Geschäftsstellenarbeit in unterstützender Selbstorganisation – mit der Folge, dass wegen der erheblichen Mehrbelastung die Zeit für die Entscheidungsfindung schwinde. Betroffene müssten daher länger auf die Urteile warten. Söffing: „Die angespannte Wirtschaftslage führt nicht nur zu einer Steigerung der Insolvenzverfahren, sondern auch zu einer erheblichen Mehrbelastung der Staatsanwaltschaften, die sich häufiger mit zeitintensiven Wirtschaftsverfahren befassen müssen. Dies hat wegen der Personalknappheit zur Folge, dass andere, kleinere Strafverfahren, in denen es auch stets um Einzelschicksale geht, dahinter zurückstehen müssen.“ Da die Decke an allen Enden zu kurz sei, komme es dann sogar dazu, dass – wie vor einem Jahr geschehen – drei geständige Mörder aus der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt werden müssten.

CDU



CDU: 99 Luftballons für 99 Pleiten, Pech und Pannen

Zur 99-tägigen Amtszeit von Ministerpräsident Peer Steinbrück hat die CDU-Landtagsfraktion 99 Luftballons für mindestens 99 Pleiten, Pech und Pannen vor dem nordrhein-westfälischen Landtag in die Luft gehen lassen. Weitere fünf Ballons standen symbolisch für die größten Probleme dieses Landes: 900.000 Arbeitslose, Rekordpleitewelle, Unterrichtsausfall, steigende Kriminalität und für das Stauchaos auf nordrhein-westfälischen Straßen. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Generalsekretär der CDU NRW, Herbert Reul, kritisierte, dass Rot-Grün nicht die von der CDU mehrmals angebotene Zusammenarbeit zur Lösung der „riesigen Probleme“ im Land wahrgenommen habe: „Die Landesregierung trägt jetzt allein die Schuld für die aktuelle Situation.“

GRÜNE



„Infizieren statt boykottieren“ – Roberto Ciulli und Helmut Schäfer zu Gast bei den Grünen

Als Reisender“, zitiert Roberto Ciulli (2.v.l.), Künstlerischer Leiter des Mülheimer Theaters an der Ruhr, ein Sinti-Sprichwort, „als Reisender ist man niemals harmlos, auch nicht im eigenen Land.“ Gemeinsam mit seinem Dramaturgen Helmut Schäfer (2.v.r.) war der „verpreußte Italiener“ (Ciulli über Ciulli) auf Einladung des kultur- und medienpolitischen Sprechers, Oliver Keymis (l.), zu Gast bei der Grünen-Landtagsfraktion (Vorsitzende Sylvia Löhrmann, r.) und diskutierte mit den Abgeordneten angeregt über das Thema dieser Tage: Kommt der Krieg im Irak oder kommt er nicht?

Ciulli berichtet über die Erfahrungen seines Theaters in Bagdad: Noch im Frühjahr 2002 gastierte die Theater-Truppe in der irakischen Hauptstadt, nahezu unbehelligt von Einflussnahmen und Zensuren. Gemeinsam betonten Ciulli und Schäfer, man müsse „den Geist zur Macht bringen“, die Politik mit der Kunst infizieren, um die Menschen zu erreichen.



Porträt der Woche: Franz-Josef Britz (CDU)

Er zählt nicht zu jenen, die sich in die vordere Reihe drängen – Franz-Josef Britz engagiert sich in den Ausschüssen und im vorparlamentarischen Raum für die Interessen der Kommunen und für eine Reform der längst überholten Verwaltungsstrukturen. Dabei ist der CDU-Abgeordnete optimistisch, dass auch die Opposition mit überzeugenden Argumenten parlamentarisch etwas bewegen könne.

Der gebürtige Essener, Jahrgang 1948, studierte nach dem Abitur Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bochum, deren Rektor damals Kurt Biedenkopf hieß. Nach Abschluss des Studiums folgten für den Diplom-Ökonomen die Referendarzeit an einer Berufsbildenden Schule und die 2. Staatsprüfung. Bis zu seiner Wahl in den Landtag 1990 unterrichtete der Oberstudienrat an den Berufsbildenden Schulen in Gladbeck.

Der CDU schloss sich Franz-Josef Britz 1970 an, da er nach seinen Worten während des Studiums die Erkenntnis gewonnen habe, dass für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die soziale Marktwirtschaft eine unerlässliche Grundlage sei. Im Übrigen sei der Beitritt in die Union die „logische Fortsetzung“ der Angehörigkeit in der katholischen Jugendbewegung gewesen, meint der Christdemokrat.

Heute ist er Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes Essen. Kommunalpolitisch engagierte sich der Essener zunächst in der Bezirksvertretung Essen-Steele-Kray. 1979 wurde er dann erstmals in den Rat seiner Heimatstadt gewählt, wo er jetzt Vorsitzender der CDU-Fraktion ist.

Schließlich wurde Franz-Josef Britz 1990 über die Reserveliste seiner Partei in den

Landtag gewählt. Den langjährigen Kommunalpolitiker mit Schwerpunkt Finanzen reizte das Düsseldorfer Parlament, „weil im Finanzbereich die Verknüpfung zwischen dem Land und den Kommunen besonders eng ist“. Die Fraktion berief ihn deshalb auch damals in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Als Mitglied des Ausschusses für Kommunalpolitik und seit 1994 auch des Ausschusses für die Verwaltungsstrukturreform, bedauert der CDU-Abgeordnete, dass sich die hohen Erwartungen an die überfällige Verwaltungsreform zum großen Teil „in nichts“ aufgelöst hätten. Die oppositionellen Vorstellungen, die Zusammenführung der Landschaftsverbände, Bezirksregierungen und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet zu einheitlichen Regionalverwaltungen sei am Widerstand der rot-grünen Parlamentsmehrheit gescheitert. „Sie bewegte sich nicht.“

Heute sieht der Essener zumindest „Ansätze“ für eine Reform im Ruhrgebiet. Dazu zählten nach seiner Auffassung vor allem, dass die Mitgliedschaft in dem Regionalverband verpflichtend sei und er die Planungshoheit erhalten müsse. Das Revier dürfe nicht von Arnberg, Düsseldorf und Münster „fremdbestimmt“ werden. Der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion setzt dabei optimistisch darauf, dass sich der Erfolg der Opposition bei der Gemeindereform, die Direktwahl der Bürgermeister, wiederholt.

Nicht nur Franz-Josef Britz bereitet die Finanzsituation der Städte und Gemeinden große Sorgen. So macht sich seine Fraktion für ein „Notprogramm zur Wiederherstellung der kommunalen

Handlungsfähigkeit“ stark. Dazu zählen die Forderungen nach einer Rücknahme der zusätzlichen finanziellen Befrachtungen durch das Land und die Rücknahme der unter anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöhten Gewerbesteuerumlage auf wieder zwanzig Prozent. Zudem dürfe das Land den Kommunen nur dann weitere Aufgaben übertragen, wenn es gleichzeitig das notwendige Geld „mitliefert“. Im nächsten Jahr würden dreiviertel aller Gemeinden in Nordrhein-Westfalen trotz großer eigener Sparanstrengungen in den Zwang zu Haushaltssicherungskonzepten geraten, befürchtet der CDU-Politiker.

Der Vater von zwei Kindern entspannt sich im Übrigen bei Krimis, und möglichst von Frauen geschrieben – „sie sind auf hohem Niveau“.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)



Für Ihre Sammel-Leidenschaft

Der Landtag-intern-Sammelschuber findet weiterhin großen Anklang. Alle Ausgaben fein geordnet – das macht das Nachschlagen leicht. Ordern Sie das praktische Helferlein im Internet unter www.landtag.nrw.de zum Preis von 3,90 Euro zzgl. Versandkosten und Verpackung. Oder Sie senden ein formloses Bestell-Fax an 0211/884-3070.

KOSTENLOSES ABONNEMENT

Das kostenlose Abo des Magazins kann ebenfalls auf diesem einfachen Wege bezogen werden. Und schon bald werden Ihnen die aktuellen Neuigkeiten aus dem Landtag gratis nach Hause oder ins Büro gebracht – deutschlandweit!



LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg

Herstellung und Versand:

WAZ-Druck, Theodor-Heuss-Str. 77, 47167 Duisburg

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 20. Februar bis 5. März 2003

20.2. Marianne Hürten (GRÜNE)	50
21.2. Gerda Kieninger (SPD)	52
22.2. Dorothee Danner (SPD)	54
23.2. Hans Peter Lindlar (CDU)	57
26.2. Hans Vorpeil (SPD)	66
26.2. Peter Eichenseher (GRÜNE)	49
26.2. Marc Jan Eumann (SPD)	37
27.2. Marie-Theres Ley (CDU)	63
28.2. Rolf Seel (CDU)	50
29.2. Horst Westkämper (CDU)	67
1.3. Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	46
2.3. Gerd Schulte (CDU)	60
3.3. Manfred Hemmer (SPD)	66
3.3. Edith Müller (GRÜNE)	54
3.3. Rainer Lux (CDU)	52
4.3. Joachim Schultz-Tornau (FDP)	60
5.3. Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)	56
5.3. Gisela Hinnemann (CDU)	54

Dr. Manfred Dammeyer (SPD), früherer Europaminister des Landes, ist vom schwedischen König Carl Gustav zum Kommandeur des Nordsternordens ernannt worden. Mit dem Orden werden Dammeyers Verdienste um die deutsch-schwedische Zusammenarbeit und um die Verbreitung schwedischer Kultur gewürdigt. Der frühere Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion ist als Übersetzer des zeitgenössischen schwedischen Schriftstellers Sven Lindquist und des Literaturnobelpreisträgers Eyvind Johnsson (1900-1976) hervorgetreten.

Dr. Renate Düttmann-Braun (Münster), **Werner Jostmeier (Dülmen)**, **Heinrich Kruse (Bocholt)** und **Reinhold Sendker** aus Westkirchen (alle Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion) sind zu stellvertretenden Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Münsterland gewählt worden.

Professor Faruk Şen, Direktor des Essener Instituts für Türkei-Studien, ist für seine Verdienste um die deutsch-türkischen Beziehungen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Arbeitsminister **Harald Schartau (SPD)** überreichte den Orden im Auftrag von Bundespräsident **Johannes Rau** in Düsseldorf.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, **Karl-Wolfgang Brandt**, sowie der Leiter des Katholischen Büros, **Dr. Karl-Heinz Vogt**, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 20. Februar 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Sieht doch Klasse aus!“

Dieser Feststellung von Sabine Braun konnte niemand widersprechen. Was bei normalen gesellschaftlichen Ereignissen ein Albtraum gewesen wäre – zwei hübsche Damen im gleichen Kleid – stellte sich beim Frankfurter Ball des Sports als wohl kalkulierter Überraschungscoup heraus: Die einstige Siebenkampfmeisterin Sabine Braun (l.) und Dressur-Olympiasiegerin Isabell Werth (r.) warben mit ihrer bunten Abendgarderobe für zwei internationale sportliche Großereignisse an Rhein und Ruhr im Jahr 2012, die Paralympics und die Olympischen Spiele. In den offiziellen Farben der Bewerbung Düsseldorf Rhein-Ruhr zogen die beiden Sportlerinnen die Aufmerksamkeit der Gäste dieses Balls auf sich, den die Stiftung Deutsche Sporthilfe zum 33. Mal veranstaltete und der Anfang des Monats in der Festhalle der Mainmetropole zu Gunsten der Förderung von Spitzensportlern in Anwesenheit von viel Prominenz aus Sport, Politik, Wirtschaft und Showbusiness stattfand.